

Protokoll:	Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	29
		TOP:	4
Verhandlung		Drucksache:	
		GZ:	
Sitzungstermin:	12.02.2021		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Fuhrmann		
Berichterstattung:	Frau Aufrecht (OB/82)		
Protokollführung:	Frau Sabbagh / pö		
Betreff:	Projekt Nachnutzung des Bereichs Paulinenbrücke - mündlicher Bericht -		

Vorab beantragt StRin Schanbacher (SPD), dass Frau Lahode vom Verein Stadtlücken e. V. im Ausschuss sprechen darf. Dagegen erheben sich keine Einwendungen.

Zunächst informiert Frau Aufrecht anhand einer Präsentation, die dem Protokoll als Dateianhang hinterlegt ist. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll und dem Protokollexemplar für die Hauptaktei ist sie in Papierform angehängt.

Sie führt aus, die Stadtlücken hätten 2018/2019 rund 150 Veranstaltungen und Aktionen auf dem Platz durchgeführt. Dafür seien 80.000 € Sachmittel eingesetzt worden. Die Stadt habe einen Mitarbeiter finanziert, der die Akteure vor Ort zusammenführe. Die Bürgerschaft sei durch soziale Medien sehr niederschwellig einbezogen worden, sodass sich dort nicht nur das Umfeld, sondern Bürger*innen aus ganz Stuttgart getroffen hätten. Ziel sei gewesen, auf dem Platz auszuprobieren, für welche Nutzung er sich perspektivisch eignen würde. Die Stadtlücken hätten bundesweit ausgeschriebene Preise erhalten. Man habe eine gemeinnützige Trägerschaft angestrebt. Unter Corona-Bedingungen hätten 2020 drei besondere Veranstaltungen stattgefunden. Vieles sei aber nicht nutzbar gewesen bzw. immer noch nicht nutzbar. Nachdem nun die Interimsfeuerwache dort angesiedelt werde, stehe der Platz für eine Nutzung durch Stadtlücken nicht wie ursprünglich geplant zur Verfügung. Es bleibe lediglich das Rondell, für das die Nutzung wegen der Frage des Brandschutzes und der Entfluchtung jedoch ebenfalls noch ungeklärt sei. Stadtlücken sei ein demokratischer, gemeinnütziger Verein, der aber den sehr komplexen steuerrechtlichen Anforderungen nicht gewachsen sei. Im

März 2021 begannen die vorbereitenden Maßnahmen für die Interimsfeuerwache, so dass der Raum dann nicht mehr entsprechend genutzt werden könne. Die Stadtlücken könnten ihr 2019 geplantes Vorhaben also so nicht mehr durchführen.

Die Stadt müsse nun gemeinsam mit den Stadtlücken eine Lösung suchen, mit am Tisch säßen BM Pätzold, BV Grieb (Süd), BVin Kienzle (Mitte) und die Player vor Ort. Die Finanzierung der Stelle für soziale Arbeit sei bis 2022 gesichert, müsse aber fortgeführt werden. Das Amt für Stadtplanung und Wohnen prüfe aktuell, wie und durch wen die Fläche der Interimsfeuerwache nach deren Auszug genutzt werden könne. In den nächsten Wochen müsse mit den Stadtlücken, dem Bezirk, Sozialamt, Amt für Stadtplanung und Wohnen, Tiefbauamt und der Abt. Wirtschaftsförderung über einen Ansprechpartner abgestimmt werden.

Frau Lahode (Stadtlücken) ergänzt, Corona und die Unsicherheiten bezüglich der Feuerwache stellten ein komplexes Problem dar. Der Verein habe sich ein Dreivierteljahr lang bemüht, eine Grundlage zu schaffen, auf der er arbeitsfähig sei, dann aber feststellen müssen, dass er hierfür mehr Unterstützung und Zusammenarbeit von allen Seiten brauche.

Die Vertreter der Fraktionen danken für die Ausführungen.

Der Bericht lasse seine Fraktion etwas ratlos zurück, bekennt StR Winter (90/GRÜNE). Man habe dazu interfraktionell und mit der Verwaltung viele Runden gedreht. Der Gemeinderat müsse sich nun vor Augen führen, warum er in den Haushaltsplanberatungen die Mittel bewilligt habe. Man habe diesen "Unort" so entwickeln wollen, dass er zu einem Ort der Begegnung, einem Ort von Veranstaltungen werde, an dem Menschen sich wohlfühlten. Hinzu komme das karitative Engagement, indem man die dort seit Langem angestammten Gruppen einbeziehe. Es stelle sich nun die Frage, wie Stadtentwicklung an diesem Ort gelingen könne. Er hätte sich auch gewünscht, dass die Stadtlücken den Kontakt mit seiner Fraktion nochmals aufgenommen hätten. Die Stadtlücken müssten nun entscheiden, ob und unter welchen Bedingungen sie sich konstruktive Gespräche mit der Verwaltung und den Fraktionen noch vorstellen könnten. Die Beteiligung von Referat SWU halte er für sinnvoll. Er erinnert an das Ziel, diesem Ort einen anderen Stempel aufzudrücken.

StRin Porsch (CDU) hat dem Bericht entnommen, dass die Stadtlücken sich aus dem Projekt zurückzögen, weil es für sie nicht mehr zu leisten sei. Dies sei sehr bedauerlich, denn die Stadtlücken hätten tolle Projekte umgesetzt. Beim Beschluss, die Interimsfeuerwache dort anzusiedeln, sei man davon ausgegangen, dass beides miteinander vereinbar sei. Neu sei für sie die Brandschutzproblematik. Sie sei ebenfalls ratlos, wie es weitergehen solle, und bittet die Abt. Wirtschaftsförderung um einen Vorschlag hierzu.

Auch StR Ozasek (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) bedauert die Entwicklung. Seine Fraktion müsse sich zunächst hierzu sowohl intern als auch mit den anderen Fraktionen beraten. Spontan würde er sich wünschen, dass die Stadtlücken im Prozess der Transformation der Innenstadt - "Lebenswerte Stadt für alle" - eine besondere Stellung bekämen und sich, wie dies bei Contain't bereits der Fall sei, stärker in Richtung eines multilokalen Projekts entwickelten. Möglicherweise könnten die Stadtlücken auf diese Weise mit den verfügbaren Mitteln etwas Sinnvolles herstellen.

StRin Schanbacher bittet um Information, wie es mit den Stadtlücken weitergehe. Sie sei nicht bereit, die Stadtlücken kampfflos abzuwickeln. Schließlich handle es sich um ein interfraktionelles Herzensprojekt. Das Projekt besitze deutschlandweit Strahlkraft. Sie betont, ihre Fraktion wäre gerne früher eingebunden gewesen. Die letzte Diskussion im Ausschuss habe vor einem Jahr stattgefunden, seither habe die Abt. Wirtschaftsförderung nicht mehr informiert - auch nicht auf Nachfrage. Die Interimsfeuerwache sei kein neues Thema, Gleiches gelte für die Entfluchtung. Auch hier bittet sie die Verwaltung, eine Perspektive aufzuzeigen. Der Bericht vermittle den Eindruck, der Verein sei dem Thema nicht gewachsen und brauche Unterstützung. Dazu sei ihre Fraktion gerne bereit. Sie beantragt, einen Runden Tisch einzurichten, an dem auch die Fraktionen und die Bürgermeister sowie die Bürgermeisterin vertreten seien. Von den Stadtlücken hätte sie gerne spätestens bis zum Runden Tisch eine Einschätzung, ob man es gemeinsam schaffen könne und wie und wo sie Unterstützung bräuchten. Schließlich bittet sie im Namen aller Fraktionen um den Lagebericht.

Eine unglückliche Entwicklung sieht StR Puttenat (PULS) darin, dass die Ansiedlung der Interimsfeuerwache, die zweifelsohne Priorität habe, in die Planung der Stadtlücken geplatzt sei. Hinzu kämen der Brandschutz und die Entfluchtung. Niemand habe bislang die Schuld bei den Stadtlücken gesucht, was auch völlig falsch wäre. Diese hätten eine bemerkenswerte Struktur geschaffen, die neue und frische Ansätze der Stadtentwicklung und der Wahrnehmung des öffentlichen Raumes verfolge. Die Preise und Auszeichnungen belegten dies ebenfalls. Er erkundigt sich, wie viel Geld inzwischen geflossen sei und was damit geschehe, falls es nicht abgerufen würde. Von den Stadtlücken möchte er konkrete Hinweise, wie man sie unterstützen könne. Mit Blick auf den Kooperativen Stadtraum sei seiner Fraktion nach wie vor wichtig, dass die sogenannte "Szene" unter der Brücke eine gewisse Infrastruktur erhalte.

BV Grieb betont die besondere Bedeutung des Projekts nicht nur für Stuttgart-Süd und Stuttgart-Mitte, sondern für ganz Stuttgart, wie die Auszeichnungen zeigten. Doch auch für die Verwaltung handle es sich hier nicht um ein Standardprojekt. Deshalb danke er der Abt. Wirtschaftsförderung, die die notwendige Projektstruktur auf der Arbeitsebene und mit den Stadtlücken und den beteiligten Ämtern geschaffen habe. Er sei vor zwei Wochen verwaltungsintern über das mögliche Ende des Projekts, wie man es bislang kenne, informiert worden. In Gesprächen habe er jedoch den Eindruck gewonnen, dass viele der von Frau Aufrecht genannten Herausforderungen lösbar seien, vielleicht auf einer höheren Ebene. Insofern sei er dankbar, dass BM Pätzold nochmals zu einem Gespräch einladen wolle. Danach sei hoffentlich klar, was mit den Stadtlücken machbar sei und was nicht. Mit Blick auf die Kommunikation weist er darauf hin, dass die Stadtlücken mit großem Engagement ehrenamtlich arbeiteten. Sie hätten diejenigen informiert, mit denen sie konstruktiv gearbeitet hätten. Er würde sich freuen, wenn dieses Projekt mit den Stadtlücken weitergeführt werden könnte.

An StRin Schanbacher wendet sich Frau Aufrecht mit dem Hinweis, weder die Stadtlücken noch die Verwaltung hätten den Gemeinderat zu spät informiert. Im Dezember seien die Stadtlücken noch davon ausgegangen, dass eine UG gegründet werde, eine klare Perspektive in Richtung Trägerschaft. Die Verwaltung informiere den Gemeinderat nun im nächstmöglichen Ausschuss über Planänderungen. Die Abt. Wirtschaftsförderung sei bestrebt, für die einzelnen Bausteine innerhalb der Verwaltung Lösungen zu erarbeiten. Zur aktuellen Lage erklärt sie, ab März werde die Interimsfeuerwache gebaut, auf dem hinteren Rondell befinde sich ein Parkplatz, auf der anderen Seite nähmen sich Mitarbeiter aus dem karitativen Bereich der Menschen mit Suchtproblematiken

an. Sie betont, es herrsche keine Ratlosigkeit, vielmehr sei alles im Fluss, und die Fläche werde bespielt. Innerhalb der Verwaltung sei mit dem Sozialamt geklärt worden, wie die Sozialarbeit fortgesetzt werden könne. 2018/2019 habe sich die Abt. Wirtschaftsförderung im Rahmen des Zwischennutzungsmanagements engagiert, nun sei es vorrangig ein Thema der Stadtplanung, im Kooperativen Stadtraum Möglichkeiten zu eruieren, was an diesem Platz perspektivisch - nach dem Auszug der Interimsfeuerwache - stadtplanerisch entwickelt werden könnte. Ihre Abteilung habe in den letzten beiden Wochen ausgelotet, in welche Richtung es gehen könnte und was noch erforderlich sei. Momentan fehle ein Ansprechpartner vor Ort für viele Interessensgruppen. Dies müsse in den nächsten Gesprächen behoben werden. In der aktuellen Sitzung sollten keine Lösungsmöglichkeiten diskutiert, sondern nur darüber informiert werden, dass sich hier eine Veränderung anbahne und die Verwaltung bzw. die Bürgermeister bestrebt seien, Lösungsmöglichkeiten zu entwickeln. Sie habe Stadtlücken nie so verstanden, dass diese sich komplett zurückziehen wollten, sondern sie wollten an diesem Ort weiterhin begleiten und sich engagieren. Sie könne aber auch verstehen, dass Haftungsfragen und steuerrechtliche Themen, insbesondere in Bezug auf die Trägerschaft so elementar seien, dass das Gesamtvolumen unter den aktuellen Gegebenheiten vom Verein nicht mehr zu stemmen sei. Die Abt. Wirtschaftsförderung habe großes Interesse daran, dass die Stadtlücken den Prozess soweit wie möglich begleiteten.

In der Vorlage der Abt. Wirtschaftsförderung seien 1,4 Mio. € beschlossen worden, dies sei in den Haushaltsplanberatungen auf 1,65 Mio. € aufgestockt worden. Abgerufen worden seien Mittel für die soziale Arbeit sowie rund 180.000 € für die Stadtlücken. Diese hätten von den 180.000 € bislang nur 40.000 € abgerufen. Das bedeute, dass die Finanzierung vorläufig gesichert sei. Nachdem die gesamte Verwaltung hinter dem Projekt stehe, sei sie zuversichtlich. Sie sagt zu, den Ausschuss auf dem Laufenden zu halten.

Frau Lahode stellt klar, die Stadtlücken lösten sich nicht auf. Sie hätten noch andere Projekte. Im Verlauf des letzten Jahres hätten sie festgestellt, dass sie sich im Sinne des Kooperativen Stadtraums mehr Miteinander und eine breitere Verteilung der Basis wünschen würden. Sie seien weiterhin sehr gerne gesprächsbereit, da es immer noch ihr Herzensprojekt sei und der Gedanke weitergetragen werden sollte.

Auf Nachfrage von StR Puttenat legt Frau Lahode dar, bislang seien vom Verein lediglich 40.000 € abgerufen worden, weil man 2020 wegen der Pandemie nicht viele Veranstaltungen habe durchführen können. Der Verein sei noch im Prozess, einen Mitarbeiter rückwirkend für die soziokulturelle Arbeit anzustellen. Ursprünglich seien mehr Stellen geplant gewesen, doch in der aktuellen Situation hätten alle weiterhin mehr oder weniger nebenbei mitgearbeitet.

StRin Schanbacher macht deutlich, dass ihre Fraktion auch sehr an Zwischenberichten interessiert sei. Eine Ansprechpartnerin oder ein Ansprechpartner in der Verwaltung sei ein erster wichtiger Schritt. Das ersetze aber nicht den Runden Tisch, gerne auch mit Beteiligung der Bürgermeister*in.

Zum mündlichen Antrag regt BM Fuhrmann an, dass die Verwaltung das Thema zunächst aufarbeite und nochmals im Ausschuss berichte. In einem zweiten Schritt könne dann die Einbindung des Gemeinderats diskutiert werden.

Diesem Vorschlag schließt sich StR Winter an. Er begrüßt die Gespräche mit BM Pätzold, nun müssten die städtebaulichen Ziele formuliert werden. Die Verwaltung sollte zu interfraktionellen Zwischengesprächen einladen. Die städtebauliche Komponente sollte auch im STA diskutiert werden. Erst danach sollte ein Runder Tisch institutionalisiert werden.

Da es für sie den Anschein habe, dass die Stadtlücken das Projekt nicht auf jeden Fall weiterführten, befürchtet StRin Schanbacher, dass durch weitere Gespräche zu viel Zeit verstreiche und sich die Stadtlücken dann mangels Perspektive komplett aus dem Projekt herauszögen. Deshalb erhalte sie ihren Antrag auf einen zeitnahen Runden Tisch aufrecht.

Frau Aufrecht weist darauf hin, dass die 1,65 Mio. € in den Haushaltsplanberatungen beschlossen worden seien. Für alle Mittel, die noch freigegeben würden, benötige man einen Sachbeschluss.

Dem mündlichen Antrag werde ihre Fraktion nicht zustimmen, erklärt StRin Porsch, weil sie dies für den falschen Weg halte. Grundsätzlich wolle ihre Fraktion das Projekt aber nicht ablehnen.

Nachdem StRin Schanbacher auf Abstimmung ihres Antrags, einen Runden Tisch einzuführen, besteht, stellt BM Fuhrmann fest:

Der mündliche Antrag wird bei 2 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

BM Fuhrmann sagt zu, dass das Thema entsprechend dem Verwaltungsvorschlag intern aufbereitet werde, wobei auch der Gemeinderat einbezogen werde.

Abschließend stellt er Kenntnisnahme fest.

Zur Beurkundung

Sabbagh / pö

Verteiler:

- I. OB/82
zur Weiterbehandlung

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
Liegenschaftsamt (2)
 3. Referat SI
Sozialamt (2)
 4. Referat T
Hochbauamt (2)
 5. BVin Mitte, BV Süd
 6. Rechnungsprüfungsamt
 7. L/OB-K
 8. Hauptaktei

- III.
 1. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 2. CDU-Fraktion
 3. Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 4. SPD-Fraktion
 5. FDP-Fraktion
 6. Fraktion FW
 7. AfD-Fraktion
 8. Fraktionsgemeinschaft PULS